

FraVoKon Februar 2016

Antragsteller*in: Alex Burger

Status: Eingereicht (ungeprüft)

1 Beschluss der Fraktionsvorsitzendenkonferenz

2 von Bündnis 90/Die Grünen

3 Mainz, 12. Februar 2016

4 Weltklimavertrag von Paris ernst nehmen – Klimaschutz konsequent anpacken

5 Klimaschutz und damit die Bekämpfung der globalen Erdüberhitzung ist eine der
6 zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Der Kohlendioxid-Gehalt der Atmosphäre
7 ist heute so hoch wie nie zu vor in der Menschheitsgeschichte. Weltweit besteht
8 Einigkeit darin, dass der Grund für den rasanten Anstieg anthropogen bedingt
9 ist.

10 Die Klimakrise ist längst mehr als ein Ausschlag auf Messinstrumenten einiger
11 Wissenschaftler, die Klimakrise ist Realität und bereits heute für jeden
12 spürbar. Klimaexperten warnen vor weitaus dramatischeren Folgen wenn es nicht
13 gelingt, den globalen Temperaturanstieg bis zum Ende dieses Jahrhunderts
14 deutlich unter zwei Grad Celsius zu halten. Immer mehr Wetterkatastrophen,
15 ausgetrocknete Böden, Wasserknappheit, das Aussterben tausender Tier- und
16 Pflanzenarten und die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen wie auch unserer
17 Gesundheit sind die direkte Konsequenz. Die Klimakrise trägt dazu bei, dass sich
18 Konflikte und Kriege verschärfen und die globale Ungerechtigkeit weiter steigt.
19 Damit ist sie auch im Hinblick auf Fluchtursachen von wachsender Bedeutung.

20 Mit dem Klimavertrag von Paris hat die Weltgemeinschaft eine wichtige Etappe für
21 den Klimaschutz erreicht. Die Botschaft die aus Paris an die Welt gesendet
22 wurde, war dabei eindeutig: Zur Lösung der Klimakrise müssen wir raus aus den
23 fossilen Energien und rein in die erneuerbaren Energien. Der Vertrag von Paris
24 bildet eine gute Grundlage, die globale Transformation hin zu einer
25 klimaneutralen Wirtschaft einzuleiten. Aber die Grundlage allein wird nicht
26 ausreichen. Der Vertrag muss nun von den nationalen Regierungen auch konsequent
27 umgesetzt werden. Denn für effektiven Klimaschutz braucht es nicht nur
28 verbindliche globale Rahmenbedingungen, sondern auch nationales und lokales
29 Handeln.

30 Gerade die Bundesländer, in denen Grüne Regierungsverantwortung tragen, zeigen
31 schon heute wie ambitionierter und effektiver Klimaschutz aussieht. So verfügen
32 Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz über eigene
33 Klimaschutzgesetze. Auch bei der Umsetzung der Energiewende sind die Grünen
34 Bundesländer an der Spitze der Bewegung. [Platz für weitere Beispiele aus den
35 Grünen Ländern]. Positive Beispiele wie zum Beispiel Vorgaben zum Einsatz
36 erneuerbarer Energien bei der Wärmeversorgung auch bei Bestandsgebäuden, sollten
37 neben bisher nur in Baden-Württemberg, auch in anderen Bundesländern eingeführt
38 werden.

39 Im Gegensatz dazu beschränkt die schwarz-rote Bundesregierung ihre Klimapolitik
40 meist nur auf Sonntagsreden. Das zentrale Ziel der Bundesregierung, die
41 Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, ist
42 erheblich gefährdet. Der Pro-Kopf Ausstoß an CO₂ ist in Deutschland trotz des

43 jahrelangen Booms erneuerbarer Energien kaum gesunken. Beim Ausbau der
44 Erneuerbaren müsste die Bundesregierung nach Ihrem Auftritt bei der COP 21 in
45 Paris längst ambitioniertere Ausbauziele ausgeben. Stattdessen zeigen die
46 Überlegungen bei der aktuellen EEG Novelle in eine andere Richtung. Alte
47 schmutzige Kohlekraftwerke werden subventioniert und die dezentrale und
48 bürgernahe Energiewende droht zum Opfer falscher Weichenstellungen im
49 Bundeswirtschaftsministerium zu werden. Die nach wie vor viel zu hohen
50 Treibhausgasemissionen in den Bereichen Verkehr und Landwirtschaft werden durch
51 schwarz-rot konsequent ignoriert. Kurzum: Mit der derzeitigen Politik kann der
52 Pariser Vertrag nicht eingehalten und die Klimakrise nicht gelöst werden.

53 Vor diesem Hintergrund fordern die Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE
54 GRÜNEN:

55 1. Klimaschutz europäisch und global denken

56 a. Der europäische Emissionshandel muss dringend reformiert werden. Mindestens
57 zwei Milliarden überschüssige Zertifikate müssen gelöscht und ein europäischer
58 Mindestpreis für CO₂ eingeführt werden. Bis diese Forderung umgesetzt ist,
59 muss Deutschland vorangehen und national einen Mindestpreis für CO₂ einführen.

60 b. Die Energiewende muss auch in Europa fest verankert werden. Nur so kann es
61 gelingen, ihren Fortgang effizienter und schneller zu gestalten. Dazu gehört
62 auch, aus der Subventionierung fossiler Energien wie auch der Atomkraft
63 europaweit auszusteigen.

64 c. Bündnisse wie das vom Land Baden-Württemberg und Kalifornien angestoßene
65 Klimaschutzbündnis Under2MoU von inzwischen 122 wirtschaftsstarken Regionen auf
66 sechs Kontinenten zum Erreichen der Klimaschutzziele müssen gestärkt werden.

67 2. Klimaschutz braucht einen verbindlichen Rechtsrahmen

68 a. Die Umsetzung von Klimaschutz darf nicht von Legislaturperioden abhängig
69 sein. Um dies zu gewährleisten muss der Klimaschutz endlich als Verfassungsziel
70 im Grundgesetz verankert werden.

71 b. Die Umsetzung dieses Verfassungsziels muss durch ein ambitioniertes
72 nationales Klimaschutzgesetz geregelt werden. Das Klimaschutzgesetz muss bis
73 2050 jährliche Zielvorgaben für die Sektoren Stromerzeugung, Verkehr, Gebäude,
74 Industrie und Landwirtschaft festlegen, diese mit konkreten Klimaschutzmaßnahmen
75 versehen und deren Wirkung durch ein transparentes Monitoring überwachen.

76 3. Kohleausstieg einleiten und eine dynamische Energiewende ermöglichen

77 a. Der Kohleausstieg muss eingeleitet und in den nächsten 15 bis 20 Jahren
78 vollzogen werden. Um das Treibhausgasemissionsziel für 2020 noch zu erreichen,
79 sollte das Instrument der CO₂- Grenzwerte genutzt und ein maximales
80 Emissionsbudget pro Kraftwerksblock festgesetzt werden. Dass dies ohne
81 Verwerfungen bei Versorgungssicherheit und Verbraucherpreisen möglich ist,
82 zeigen zahlreiche Studien beispielsweise des DIW, des IZES und zuletzt von Agora
83 Energiewende.

84 b. Der dynamische und ambitionierte Ausbau der erneuerbaren Energien muss auch
85 künftig wieder möglich sein. Dafür muss die Deckelung der Erneuerbaren
86 zurückgenommen werden und das System der Einspeisevergütung erhalten bleiben.

- 87 c. Die dezentrale Umsetzung der Energiewende muss nicht nur weiterhin ermöglicht
88 , sondern gezielt gefördert werden. Denn gerade die dezentrale Energiewende,
89 insbesondere mit PV und Windenergie, senkt die Kosten der Energiewende.
- 90 d. Die Energiewende muss dezentral im gesamten Bundesgebiet stattfinden. Auch in
91 Zukunft darf der Ausbau der Windenergie nicht auf den Norden beschränkt werden.
92 Mit dem vorgesehenen Ausschreibungsmodell bei der Windenergie muss auch im Süden
93 ein Windenergieausbau möglich bleiben.
- 94 e. Die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der Energiewende muss wieder
95 gewährleistet und die Hindernisse für die Bürgerenergie abgebaut werden.
- 96 f. Investitionen in den Klimaschutz müssen belohnt werden anstatt weiterhin
97 hohen Energieverbrauch zu begünstigen. Ausnahmen bei der Energiesteuer, der
98 Besonderen Ausgleichsregelung und den Netzentgelten sind auf die wenigen
99 Branchen zu beschränken, denen andernfalls tatsächlich Nachteile im
100 internationalen Wettbewerb entstehen.
- 101 4. Klimafreundliche Verkehrswende einleiten
- 102 a. Eine Investitionsoffensive muss gestartet werden, um den ÖPNV zu stärken und
103 alle Verkehrsangebote nahtlos und nutzerfreundlich miteinander zu verknüpfen.
- 104 b. Anreize zur Nutzung der Elektromobilität müssen ausgebaut werden.
- 105 c. Es muss eine Verlagerung des Schwerlasttransports von der Straße auf die
106 Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße erreicht werden. Hierzu sollte eine
107 schrittweise Erhöhung der LKW-Maut erfolgen.
- 108 5. Klimafreundliche Wärmewende einleiten
- 109 a. In den nächsten 25 Jahren muss durch den Einsatz erneuerbarer Energien und
110 einer Steigerung der Energieeffizienz ein klimaneutraler Gebäudebestand erreicht
111 werden.
- 112 b. Deutschland braucht ein Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz (EEWärmeG), das
113 auch für bestehende Gebäude eine Pflicht zur Nutzung erneuerbarer Wärme
114 einführt. Bis dies der Fall ist, sollten die Länder, nach dem Vorbild von Baden-
115 Württemberg, selbst aktiv werden.
- 116 c. Durch entsprechende Förderprogramme muss der nötige soziale Ausgleich bei der
117 Wärmewende sichergestellt werden.
- 118 6. Klimafreundliche Agrarwende einleiten
- 119 a. Die mittelständische und bäuerliche und ökologische Landwirtschaft muss
120 gestärkt und der fortschreitenden Industrialisierung insbesondere der
121 Tierhaltung entgegengewirkt werden.
- 122 b. Die artgerechte und flächengebundene Tierhaltung muss rechtlich besser
123 verankert werden.
- 124 c. Die Überproduktion und die damit verbundene Verschwendung von Lebensmitteln
125 und der dafür notwendigen Produktionsmittel muss minimiert werden.
- 126 7. Investitionen aus fossilen Energien und Atom abziehen

- 127 a. Deutschland muss endlich vollständig aus der internationalen
128 Kohlefinanzierung wie auch der Finanzierung fossiler Energien insgesamt
129 aussteigen.
- 130 b. Immer noch fließen große Anteile der Forschungsmittel in die
131 Kernfusionstechnik, die weder absehbar zu einem Ergebnis kommt noch eine Lösung
132 der Energieversorgung darstellt.
- 133 c. Die freiwerdenden Finanzmittel müssen dort investiert werden, wo nachhaltige
134 Innovationen stattfinden.
- 135 8. International Verantwortung für den Klimaschutz übernehmen
- 136 a. Deutschland muss auch international noch mehr Verantwortung übernehmen und
137 die Unterstützung anderer Länder, insbesondere von Entwicklungsländern, bei
138 Klimaschutz und Energiewende aber auch bei der Anpassung an den Klimawandel
139 intensivieren.
- 140 b. Bei der Frage nach einer neuen Zielgröße für die internationale
141 Klimafinanzierung und die beitragenden Staaten nach 2025 muss Deutschland eine
142 Vorreiterrolle einnehmen und darauf hinwirken, dass ausreichend Mittel für die
143 globale Transformation in Richtung Dekarbonisierung und Resilienz bereitgestellt
144 werden.

A1 Beschluss Klima

Antragsteller*in: Alex Burger

1 Beschluss der Fraktionsvorsitzendenkonferenz

2 von Bündnis 90/Die Grünen

3 Mainz, 12. Februar 2016

4 Weltklimavertrag von Paris ernst nehmen – Klimaschutz konsequent anpacken
5 [Arbeitstitel]

6 Klimaschutz und damit die Bekämpfung der globalen Erderwärmung ist eine der
7 zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Der Kohlendioxid-Gehalt der Atmosphäre
8 ist heute so hoch wie nie zu vor in der Menschheitsgeschichte. Weltweit besteht
9 Einigkeit darin, dass der Grund für den rasanten Anstieg anthropogen bedingt
10 ist.

11 Der Klimawandel ist längst mehr als ein Ausschlag auf Messinstrumenten einiger
12 Wissenschaftler, die Klimakrise ist Realität und für jeden spürbar geworden.
13 Klimaexperten warnen vor weitaus dramatischeren Folgen wenn es nicht gelingt,
14 den globalen Temperaturanstieg bis zum Ende dieses Jahrhunderts deutlich unter
15 zwei Grad Celsius zu halten. Immer mehr Wetterkatastrophen, ausgetrocknete
16 Böden, Wasserknappheit, das Aussterben tausender Tier- und Pflanzenarten und die
17 Zerstörung unserer Lebensgrundlagen wie auch unserer Gesundheit sind die direkte
18 Konsequenz. Die Klimakrise trägt dazu bei, dass sich Konflikte und Kriege
19 verschärfen und die globale Ungerechtigkeit weiter steigt. Damit ist sie auch im
20 Hinblick auf Fluchtursachen von wachsender Bedeutung.

21 Mit dem Klimavertrag von Paris hat die Weltgemeinschaft eine wichtige Etappe für
22 den Klimaschutz erreicht. Die Botschaft die aus Paris an die Welt gesendet
23 wurde, war dabei eindeutig: Zur Lösung der Klimakrise müssen wir raus aus den
24 fossilen Energien und rein in die erneuerbaren Energien. Der Vertrag von Paris
25 bildet eine gute Grundlage, die globale Transformation hin zu einer
26 klimaneutralen Wirtschaft einzuleiten. Aber die Grundlage allein wird nicht
27 ausreichen. Der Vertrag muss nun von den nationalen Regierungen auch konsequent
28 umgesetzt werden. Denn für effektiven Klimaschutz braucht es nicht nur
29 verbindliche globale Rahmenbedingungen, sondern auch nationales und lokales
30 Handeln.

31 Gerade die Bundesländer, in denen Grüne Regierungsverantwortung tragen, zeigen
32 schon heute wie ambitionierter und effektiver Klimaschutz aussieht. So verfügen
33 Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz über eigene
34 Klimaschutzgesetze. Auch bei der Umsetzung der Energiewende sind die Grünen
35 Bundesländer an der Spitze der Bewegung. [Platz für weitere Beispiele aus den
36 Grünen Ländern].

37 Im Gegensatz dazu beschränkt die schwarz-rote Bundesregierung ihre Klimapolitik
38 meist nur auf Sonntagsreden. Das zentrale Ziel der Bundesregierung, die
39 Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, ist
40 erheblich gefährdet. Der Pro-Kopf Ausstoß an CO₂ ist in Deutschland trotz des
41 jahrelangen Booms erneuerbarer Energien kaum gesunken. Beim Ausbau der
42 Erneuerbaren müsste die Bundesregierung nach Ihrem Auftritt bei der COP 21 in
43 Paris längst ambitioniertere Ausbauziele ausgeben. Stattdessen zeigen die

44 Überlegungen bei der aktuellen EEG Novelle in eine andere Richtung. Alte
45 schmutzige Kohlekraftwerke werden subventioniert und die dezentrale und
46 bürgernahe Energiewende droht zum Opfer falscher Weichenstellungen im
47 Bundeswirtschaftsministerium zu werden. Die nach wie vor viel zu hohen
48 Treibhausgasemissionen in den Bereichen Verkehr und Landwirtschaft werden durch
49 schwarz-rot konsequent ignoriert. Kurzum: Mit der derzeitigen Politik kann der
50 Pariser Vertrag nicht eingehalten und die Klimakrise nicht gelöst werden.

51 Vor diesem Hintergrund fordern die Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE
52 GRÜNEN:

53 1. Klimaschutz europäisch denken

54 a. Der europäische Emissionshandel muss dringend reformiert werden. Mindestens
55 zwei Milliarden überschüssige Zertifikate müssen gelöscht und ein europäischer
56 Mindestpreis für CO₂ eingeführt werden. Bis diese Forderung umgesetzt ist,
57 muss Deutschland vorangehen und national einen Mindestpreis für CO₂ einführen.

58 b. Die Energiewende muss auch in Europa fest verankert werden. Nur so kann es
59 gelingen, ihren Fortgang effizienter und schneller zu gestalten. Dazu gehört
60 auch, aus der Subventionierung fossiler Energien wie auch der Atomkraft
61 europaweit auszusteigen.

62 2. Klimaschutz braucht einen verbindlichen Rechtsrahmen

63 a. Die Umsetzung von Klimaschutz darf nicht von Legislaturperioden abhängig
64 sein. Um dies zu gewährleisten muss der Klimaschutz endlich als Verfassungsziel
65 im Grundgesetz verankert werden.

66 b. Die Umsetzung dieses Verfassungsziels muss durch ein ambitioniertes
67 nationales Klimaschutzgesetz geregelt werden. Das Klimaschutzgesetz muss bis
68 2050 jährliche Zielvorgaben für die Sektoren Stromerzeugung, Verkehr, Gebäude,
69 Industrie und Landwirtschaft festlegen, diese mit konkreten Klimaschutzmaßnahmen
70 versehen und deren Wirkung ein transparentes Monitoring überwachen.

71 3. Kohleausstieg einleiten und eine dynamische Energiewende ermöglichen

72 a. Der Kohleausstieg muss eingeleitet und in den nächsten 15 bis 20 Jahren
73 vollzogen werden. Um das Treibhausgasminderungsziel für 2020 noch zu erreichen,
74 sollte das Instrument der CO₂- Grenzwerte genutzt und ein maximales
75 Emissionsbudget pro Kraftwerksblock festgesetzt werden. Dass dies ohne
76 Verwerfungen bei Versorgungssicherheit und Verbraucherpreisen möglich ist,
77 zeigen zahlreiche Studien beispielsweise des DIW, des IZES und zuletzt von Agora
78 Energiewende.

79 b. Der dynamische und ambitionierte Ausbau der erneuerbaren Energien muss auch
80 künftig wieder möglich sein. Dafür muss die Deckelung der Erneuerbaren
81 zurückgenommen werden und das System der Einspeisevergütung erhalten bleiben.

82 c. Die dezentrale Umsetzung der Energiewende muss nicht nur weiterhin ermöglicht
83 werden, sondern gezielt gefördert. Denn gerade die dezentrale Energiewende,
84 insbesondere mit PV und Windenergie, senkt die Kosten der Energiewende.

85 d. Die Energiewende muss dezentral im gesamten Bundesgebiet stattfinden. Auch in
86 Zukunft darf der Ausbau der Windenergie nicht auf den Norden beschränkt werden.

-
- 87 e. Die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der Energiewende muss wieder
88 gewährleistet und die Hindernisse für die Bürgerenergie abgebaut werden.
- 89 f. Investitionen in den Klimaschutz müssen belohnt werden, anstatt weiterhin
90 hohen Energieverbrauch zu begünstigen. Ausnahmen bei der Energiesteuer, der
91 Besonderen Ausgleichsregelung und den Netzentgelten sind auf die wenigen
92 Branchen zu beschränken, denen andernfalls tatsächlich Nachteile im
93 internationalen Wettbewerb entstehen.
- 94 4. Klimafreundliche Verkehrswende einleiten
- 95 a. Eine Investitionsoffensive muss gestartet werden, um den ÖPNV zu stärken und
96 alle Verkehrsangebote nahtlos und nutzerfreundlich miteinander zu verknüpfen.
- 97 b. Anreize zur Nutzung der Elektromobilität müssen ausgebaut werden.
- 98 c. Es muss eine Verlagerung des Schwerlasttransports von der Straße auf die
99 Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße erreicht werden. Hierzu sollte eine
100 schrittweise Erhöhung der LKW-Maut erfolgen.
- 101 5. Klimafreundliche Wärmewende einleiten
- 102 a. In den nächsten 25 Jahren muss durch den Einsatz erneuerbarer Energien und
103 einer Steigerung der Energieeffizienz ein klimaneutraler Gebäudebestand erreicht
104 werden.
- 105 b. Deutschland braucht ein Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz (EEWärmeG), das
106 auch für bestehende Gebäude eine Pflicht zur Nutzung erneuerbarer Wärme
107 einführt. Bis dies der Fall ist, sollten die Länder, nach dem Vorbild von Baden-
108 Württemberg, selbst aktiv werden.
- 109 c. Durch entsprechende Förderprogramme muss der nötige soziale Ausgleich bei der
110 Wärmewende sichergestellt werden.
- 111 6. Klimafreundliche Agrarwende einleiten
- 112 a. Die mittelständische und bäuerliche und ökologische Landwirtschaft muss
113 gestärkt und der fortschreitenden Industrialisierung insbesondere der
114 Tierhaltung entgegengewirkt werden.
- 115 b. Die artgerechte und flächengebundene Tierhaltung muss rechtlich besser
116 verankert werden.
- 117 c. Die Überproduktion und die damit verbundene Verschwendung von Lebensmitteln
118 und der dafür notwendigen Produktionsmittel muss minimiert werden.
- 119 7. Investitionen aus fossilen Energien abziehen
- 120 a. Deutschland muss endlich vollständig aus der internationalen
121 Kohlefinanzierung wie auch der Finanzierung fossiler Energien insgesamt
122 aussteigen.
- 123 b. Die freiwerdenden Finanzmittel müssen dort investiert werden, wo nachhaltige
124 Innovationen stattfinden.
- 125 8. International Verantwortung für den Klimaschutz übernehmen
- 126 a. Deutschland muss auch international noch mehr Verantwortung übernehmen und
127 die Unterstützung andere Länder, insbesondere von Entwicklungsländern, bei

128 Klimaschutz und Energiewende aber auch bei der Anpassung an den Klimawandel
129 intensivieren.

130 b. Bei der Frage nach einer neuen Zielgröße für die internationale
131 Klimafinanzierung und die beitragenden Staaten nach 2025 muss Deutschland eine
132 Vorreiterrolle einnehmen und darauf hinwirken, dass ausreichend Mittel für die
133 globale Transformation in Richtung Dekarbonisierung und Resilienz bereitgestellt
134 werden.

A2 Beschluss Integration

Antragsteller*in: Alex Burger

1 2016 entscheidet: Erfolgreiche Integration in Deutschland

2 Die Integration der vielen Flüchtlinge, die in den letzten Monaten bei uns
3 Schutz gesucht haben und auch noch Schutz suchen werden, ist die größte
4 Herausforderung für Deutschland seit der Deutschen Einheit. Das
5 gesellschaftliche Klima in Deutschland ist nach wie vor mehrheitlich positiv
6 geprägt, dennoch nehmen die zweifelnden Stimmen zu. Zudem gibt es den teilweise
7 massiven Versuch, in der öffentlichen Debatte Flüchtlinge abzuschrecken und
8 auszugrenzen. Jetzt gilt es Antworten auf die Fragen der Menschen zu geben,
9 damit deren Verunsicherung nicht die Oberhand gewinnt.

10 Viele Menschen, die zu uns kommen, wollen später wieder in ihre Heimat zurück,
11 viele werden aber auch bleiben. Diese Menschen werden unser Land verändern. Wer
12 so tut, als ob alles beim Alten bleiben könne, der verkennt diese neue Realität,
13 die neben Chancen auch Risiken birgt, vor allem, wenn die vor uns liegenden
14 Aufgaben nicht kraftvoll angepackt werden. Wir GRÜNE wollen mithelfen, das neue
15 Zusammenleben zu gestalten. Aus Flüchtlingen sollen unsere NachbarInnen, unsere
16 Kolleginnen und Kollegen, unsere Freundinnen werden. Es ist unsere Aufgabe, aus
17 diesem neuen Zusammenleben das Beste für die Menschen, für jedes einzelne
18 Bundesland und Deutschland zu machen.

19 Dafür müssen wir die neuen Realitäten anerkennen und die richtigen Schlüsse
20 daraus ziehen. Für die Menschen die hier her kommen und bleiben wollen, gilt
21 ebenso wie für alle anderen unser Grundgesetz, unsere Werte. Diese sind nicht
22 verhandelbar, sie machen unsere Gesellschaft aus und sind die Grundpfeiler
23 unseres Zusammenlebens. Aber wer sich heute darin überbietet, zu fordern wie
24 Flüchtlinge zu sein haben, wenn sie hier ankommen, wer appelliert schneller,
25 härter, konsequenter abzuschieben und dabei bestehendes Recht ignoriert wie die
26 CSU, wer Familiennachzug verbieten möchte, wer schon in Schulen separieren will
27 und damit nur Parolen für den rechten Rand der Gesellschaft bietet, der will
28 keine Integration: der will sofortige Assimilation oder Ausweisung. Dieses
29 Muster kennt Deutschland noch aus der Zeit der ersten Gastarbeitergenerationen.
30 Wir dürfen nicht die gleichen Fehler wiederholen, weil wir in die gleichen alten
31 Denkmuster zurückfallen und die Bringschuld allein bei den Flüchtlingen suchen.
32 Integration ist ein Prozess, der am ersten Tag beginnen muss. Auf dem Weg wird
33 es viele Herausforderungen geben, doch die vielen Chancen für unsere
34 Gesellschaft überwiegen. Wir GRÜNE wollen diesen Prozess aktiv begleiten und
35 zusehen, dass wir die Chance, die in gelungener Integration liegt, im Sinne der
36 Menschen und im Sinne unserer Gesellschaft nutzen. Gelungene Integration
37 bedeutet Geben und Nehmen, Fördern und Fordern.

38 Wir verlangen Anstrengungen von Flüchtlingen. Aber die gleichen Anstrengungen
39 müssen wir uns und den staatlichen Einrichtungen abverlangen. Wem wir sagen, er
40 soll unsere Sprache lernen, der muss einen Sprachkurs bekommen. Wem wir sagen,
41 er soll sich beruflich fortbilden, der soll ein Anrecht auf berufliche
42 Vermittlung bekommen. Wem wir sagen, er soll seine Kompetenzen ausbauen, der
43 soll seine Qualifikationen anerkannt bekommen und sich weiterbilden können. Wem
44 wir sagen, er soll arbeiten, der braucht schnellen Zugang zu Betreuung für seine
45 Kinder. Wem wir sagen, er soll sich mit unseren Werten vertraut machen, der soll
46 ein Wohnumfeld bekommen, in dem er oder sie auch leben kann. Wer sich engagiert,

47 der soll Beteiligungsrechte erhalten. Denn für uns GRÜNE ist klar: Integration
48 ist ein wechselseitiger Prozess. Alle Seiten müssen neu Denken. Nur so schaffen
49 wir das. Und wir GRÜNE sind sicher: Gemeinsam können wir das schaffen.

50 Integrationsgesetz: für ein Recht auf Integration. Heute ist der Erfolg von
51 Integration viel zu oft vom Wohnort abhängig. In Deutschland ist es leider noch
52 zu oft unklar, wer für was zuständig ist. Wer hat welche Aufgabe, wer bezahlt
53 was? Was erwarten wir von Flüchtlingen, was können Flüchtlinge vom Staat
54 erwarten? Wir brauchen Verlässlichkeit. Darum wollen wir ein Integrationsgesetz
55 für ganz Deutschland schaffen. Wir müssen endlich klar machen, wer welche
56 Aufgabe übernimmt. Was macht der Bund, was macht das Land, was macht die
57 Kommune? Und wer bezahlt es? Wir wollen verbindlich regeln, was an
58 Integrationsleistungen von unseren neuen Mitbürgerinnen und Mitbürgern erbracht
59 werden muss und welche Integrationsleistungen der Staat garantiert. Und wir
60 müssen die staatliche Infrastruktur auf die zukünftigen Anforderungen
61 ausrichten, so dass alle Aufgaben an einem Ort gebündelt werden, im Bund durch
62 ein Integrationsministerium, in den Kommunen durch Integrationszentren.

63 Die Eckpunkte eines GRÜNEN bundesweiten Integrationsgesetzes sind:

- 64 - Schnelle und faire Asylverfahren durch das BAMF und Abbau des Antragsstaus
- 65 - Die Abschaffung der Widerrufsverfahren und die Erledigung von Altverfahren
- 66 - Visaverfahren für Familienangehörige so ausgestalten, dass Personen die
67 ohnehin klar einen Nachzugsanspruch haben, sich eher für den Familiennachzug
68 entscheiden, anstatt selbst Asyl zu beantragen – dies entlastet und beschleunigt
69 die Verfahren beim BAMF
- 70 - Einen Rechtsanspruch auf Teilnahme an den Sprach- und Integrationskursen des
71 Bundes, für alle Asylsuchende
- 72 - Eine Abschaffung der Vorrangprüfung sowie aller Diskriminierungen von zu
73 integrierenden Menschen auf dem Arbeitsmarkt
- 74 - Einen sicheren Aufenthaltsstatus für die Dauer einer dreijährigen Ausbildung
75 sowie für zwei Jahre danach (3+2 Regelung)
- 76 - Integrationsteams auch in allen Arbeitsagenturen
- 77 - Finanzielle Unterstützung für Kommunen vom Bund, um den sozialen Wohnungsbau
78 zu forcieren, die Einzelunterbringung zu fördern und Ghettos zu vermeiden
- 79 - Ein Einwanderungsgesetz mit klaren Regeln, wer den Weg zum Arbeitsmarkt
80 beschreiten kann und wer nicht.

81 -

82 Die Kosten für beispielsweise den sozialen Wohnungsbau, für eine
83 Bildungsoffensive, gute Betreuung, für effektive Integrationscenter und eine
84 erfolgreiche Arbeitsmarktintegration müssen fair verteilt und nachhaltig
85 gesteuert werden.

86 Mit anpacken oder zumindest nicht im Weg stehen

87 2016 ist das entscheidende Jahr für das Gelingen der Integration. In diesem Jahr
88 entscheidet sich nicht nur in den Bundesländern, sondern auch im Bund ob es
89 gelingt aus Flüchtlingen Bürgerinnen und Bürger zu machen oder ob sie als Fremde

90 in der Gesellschaft nur erduldet werden. Es entscheidet sich, ob wir die
91 Gesellschaft von morgen gestalten oder ob wir die Fehler der Vergangenheit
92 wiederholen. Es entscheidet sich, ob wir an den rechtspolitischen und
93 zivilisatorischen Fortschritten der vergangenen Jahrzehnte und an Grundwerten
94 festhalten oder sie aktionistisch über Bord werfen, ohne dass akute Probleme
95 wirklich gelöst werden. Es entscheidet sich, ob wir eine echte Balance zwischen
96 Rechten und Pflichten hinbekommen oder Diskussionen führen die im Kern nur davon
97 ablenken, dass Integration eine gemeinsame Anstrengung aller ist

98 Deshalb: Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren. Deutschland braucht ein Neues
99 Denken, das Integration gelingen lässt, das die richtigen Fragen stellt und
100 bestmögliche Antworten gibt. Ohne die Herausforderungen und Probleme
101 kleinzureden, aber mit klarem humanistischen Kompass. Wir GRÜNE wollen anpacken,
102 damit Integration gelingt.